

Udo Maas

# Soziale Arbeit als Verwaltungshandeln

Systematische Grundlegung  
für Studium und Praxis

2. neu bearbeitete und erweiterte Auflage 1996

Juventa Verlag Weinheim und München

# Inhalt

<b>1. Einführung: Soziale Arbeit als gesellschaftlich organisierte Hilfe</b>	<b>13</b>
1.1 Definition des Hilfebegriffs	13
1.2 Soziale Arbeit als staatliche Daseinsvorsorge	17
1.3 Stabilisierung der Hilfe durch Verrechtlichung	19
1.4 Gesetzesvollzug und Fachlichkeit	22
1.5 Die Stellung des Klienten im Hilfeprozeß	26
1.6 Soziale Arbeit unter ökonomischen Zwängen	31
1.7 Folgerungen für die Darstellung	34
<b>2. Die Hilfestellung als Verwaltungsentscheidung</b>	<b>37</b>
2.1 Strukturmerkmale rechtsgebundener Verwaltungsentscheidungen....	38
2.1.1 Stufen der Verwaltungsentscheidung	38
2.1.2 Rechtlich geregelte Strukturmerkmale administrativer Entscheidungsprozesse in der sozialen Arbeit	41
2.1.2.1 Das den Entscheidungsprozeß auslösende Moment: Beginn des Verfahrens	41
2.1.2.2 Der rechtlich definierte Verlauf des Verfahrens bis zur Entscheidung	44
2.1.2.3 Die Rechtsform der Entscheidung: Verwaltungsakt, öffentlich-rechtlicher Vertrag	45
2.1.2.4 Die gesetzliche Grundlage der Entscheidung	47
2.1.2.5 Der Sachverhalt als die tatsächliche Grundlage der Entscheidung	48
2.1.3 Merkmale der Gesetzeskonkretisierung	48
2.1.3.1 Die Subsumtionslehre	49
2.1.3.2 Rechtskonkretisierung als wertende Tätigkeit	51
2.1.3.3 Die Stufen der Rechtskonkretisierung	54
2.1.3.4 Die Bedeutung der sozialen Arbeit bei der Rechtskonkretisierung	62
2.2 Der Sachverhalt als Entscheidungsgrundlage	64
2.2.1 Definition und Funktion des Sachverhalts	64
2.2.2 Zur Problematik der Wirklichkeitsabbildung im Sachverhalt	65
2.2.2.1 Probleme bei der Wahrnehmung der darzustellenden Wirklichkeit	66
2.2.2.2 Probleme der Auswahl und Zuordnung von Elementen der Wirklichkeit	68

2.2.2.3	Probleme der sprachlichen Darstellung und Vermittlung des Sachverhalts	70
2.2.3	Probleme der Bewertung entscheidungserheblicher Tatsachen durch die soziale Arbeit	73
2.3	Das Verfahren der Sachverhaltsermittlung nach dem Sozialgesetzbuch	76
2.3.1	Amtsermittlung	77
2.3.2	Mitwirkung des Hilfberechtigten	80
2.3.3	Beweiswürdigung und Entscheidungsreife	86
2.3.4	Anhörung und Akteneinsicht	94
<b>3.</b>	<b><i>Sozialdatenschutz in Jugendhilfe und Sozialhilfe</i></b>	<b>99</b>
3.1	Rechtsgrundlagen und Grundbegriffe des Datenschutzes	100
3.1.1	Rechtsgrundlagen	100
3.1.1.1	Gesetzliche Grundlagen	100
3.1.1.2	Verfassungsrechtliche Grundlagen	105
3.1.2	Grundbegriffe	111
3.1.2.1	Sozialdaten	111
3.1.2.2	Datenerhebung, Datenverarbeitung und Datennutzung	112
3.1.3	Befugnisse zur Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Sozialdaten	113
3.1.3.1	Die Einwilligung des Betroffenen	114
3.1.3.2	Gesetzliche Befugnisse	116
3.1.3.3	Der Grundsatz der Erforderlichkeit	118
3.2	Datenerhebung	119
3.2.1	Der Datenbedarf	120
3.2.2	Probleme bei der Bestimmung des Datenbedarfs für jugend- und sozialhilferechtliche Entscheidungen	122
3.2.3	Zur Problematik von Erhebungsbögen in der sozialen Arbeit	124
3.2.4	Datenschutzrechtliche Verfahrensregeln für die Datenerhebung	125
3.3	Datenspeicherung und Aktenführung	129
3.4	Das Auskunftsrecht des Betroffenen	131
3.5	Datennutzung	132
3.6	Datenübermittlung	134
3.6.1	Zum Begriff der Datenübermittlung	134
3.6.2	Die gesetzlichen Übermittlungsbefugnisse des SGB X	135
3.6.3	Eingeschränkte Offenbarungsbefugnisse nach § 203 Abs. 1 StGB	140
3.6.4	Eingeschränkte Übermittlungsbefugnisse nach dem KJHG	141
3.6.5	Geheimhaltung und Übermittlung in Extremsituationen: Güterabwägung als Entscheidungskriterium	145

3.6.6	Probleme der Geheimhaltung und Übermittlung im Allgemeinen Sozialen Dienst	149
-------	---	-----

<b>4.</b>	<b><i>Aufgaben sozialer Arbeit bei jugendhilferechtlichen Entscheidungen</i></b>	<b>153</b>
4.1	Die verfassungsrechtlichen Vorgaben-	153
4.2	Das Kinder- und Jugendhilfegesetz als Rechtsgrundlage jugendhilferechtlicher Entscheidungen	159
4.2.1	Zur Systematik der jugendhilferechtlichen Aufgaben nach dem KJHG	159
4.2.2	Leistungen der Jugendhilfe als Sozialleistungen	160
4.2.2.1	Individuelle Leistungen der Jugendhilfe	161
4.2.2.2	Angebote der allgemeinen Förderung	163
4.2.3	„Andere Aufgaben“ der Jugendhilfe	164
4.3	Die Hilfe zur Erziehung	165
4.3.1	Die Systematik der Hilfe zur Erziehung	165
4.3.2	Der „erzieherische Bedarf“	166
4.3.2.1	Kriterium für die Anspruchsbegründung	166
4.3.2.2	Maßstab für die Auswahl der Hilfeart und den Hilfeumfang	168
4.3.2.3	Zur Konkretisierung des erzieherischen Bedarfs als unbestimmtem Rechtsbegriff	169
4.3.3	Die einzelnen Hilfearten	172
4.3.3.1	Erziehungsberatung (§ 28)	172
4.3.3.2	Soziale Gruppenarbeit (§ 29)	177
4.3.3.3	Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer (§ 30)	179
4.3.3.4	Sozialpädagogische Familienhilfe (§ 31)	181
4.3.3.5	Erziehung in der Tagesgruppe (§ 32)	183
4.3.3.6	Vollzeitpflege (§ 33)	183
4.3.3.7	Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform (§ 34)	188
4.3.3.8	Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung (§ 35)	190
4.3.4	Der Hilfeplan	191
4.3.4.1	Hilfeplan oder Hilfeplanung?	191
4.3.4.2	Verrechtlichung als Garantie für Fachlichkeit	192
4.3.4.3	Hilfeplan und jugendhilferechtliche Entscheidung	193
4.3.4.4	Die Erstellung des Hilfeplans	201
4.3.4.5	Der Inhalt des Hilfeplans	204
4.3.4.6	Zur Rechtsnatur des Hilfeplans	205
4.4	Sonstige jugendhilferechtliche Individualleistungen	207
4.4.1	Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (§ 35a)	207
4.4.2	Hilfe für junge Volljährige (§ 41)	208
4.4.3	Individuelle Hilfen im Rahmen der Förderung der Erziehung in der Familie (§§ 19, 20, 21)	210

4.4.4	Tagespflege als individuelle Hilfe (§ 23)	212
4.4.5	Exkurs: Der Anspruch auf einen Kindergartenplatz (§ 24 Abs. 1)	212
4.5	Aufgaben des Jugendamtes bei Gefährdung des Wohls von Kindern und Jugendlichen	213
4.5.1	Die Anrufung des Vormundschaftsgerichts bei Gefährdung des Wohls von Kindern und Jugendlichen	214
4.5.2	Vormundschaftsgerichtliche Eingriffe ins Personensorgerecht	216
4.5.3	Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen	223
4.6	Die Mitwirkung des Jugendamtes in Verfahren vor den Vormundschafts- und Familiengerichten	226
4.6.1	Allgemeine Regeln für die Anhörung des Jugendamtes durch das Vormundschafts- oder das Familiengericht	227
4.6.2	Die Anhörung des Jugendamtes zur Regelung der elterlichen Sorge bei Trennung und Scheidung	229
4.6.2.1	Gegenstand der Anhörung	229
4.6.2.2	Kriterien für die Stellungnahme des Jugendamtes	230
4.6.2.3	Datenschutzrechtliche Fragen	233
4.6.3	Die gutachtliche Äußerung zur Adoption und die Anhörung im Adoptionsverfahren	235
4.6.3.1	Gesetzliche Grundlagen	235
4.6.3.2	Zum gesetzlichen Zweck der gutachtlichen Äußerung bzw. Anhörung im Adoptionsverfahren	236
4.6.3.3	Zum verfahrensrechtlichen Rahmen	237
4.6.3.4	Voraussetzungen der Adoption nach dem BGB (Adoptionsgesetz)	239
4.6.3.5	Auswahl der Kriterien für Adoptionsberichte	240
4.7	Jugendgerichtshilfe	243
4.7.1	Grundlagen für die Bestimmung des Verhältnisses von Jugendhilfe und Jugendstrafjustiz	244
4.7.2	Die Prüfungs- und Unterrichtungspflicht des Jugendamtes nach § 52 Abs. 2 KJHG	247
4.7.3	Die Aufgaben der Jugendgerichtshilfe nach § 38 JGG	248
4.7.4	Hilfe zur Erziehung als jugendgerichtliche Auflage nach § 12 JGG	250
4.7.5	Die datenschutzrechtlichen Regeln für die Mitwirkung des Jugendamtes im Jugendstrafverfahren	250

## **5. Aufgaben sozialer Arbeit bei sozialhilferechtlichen Entscheidungen**

5.1	Hilfe zum Lebensunterhalt	255
5.1.1	Die Garantie des Existenzminimums als Grundrecht	256

5.1.2	Der gesetzliche Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt..	257
5.1.2.1	Das gesetzliche Modell der Bedarfsstandardisierung	261
5.1.2.2	Aufgaben sozialer Arbeit bei der Begründung des individuellen Bedarfs	266
5.1.3	Sozialhilferechtliche Entscheidungen im Rahmen der Hilfe zur Arbeit	273
5.2	Persönliche Hilfe	276
5.3	Aufgaben sozialer Arbeit bei Hilfen in besonderen Lebenslagen	278
5.3.1	Eingliederungshilfe für Behinderte	278
5.3.2	Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	279
<b>6.</b>	<b><i>Öffentlich-rechtliche Eigenschaften der Hilfeerbringung</i></b>	<b>283</b>
6.1	Hilfeerbringung als Entscheidungsvollzug im Rahmen sozialrechtlicher Leistungsverhältnisse	285
6.1.1	Die sozialrechtlichen Vorgaben für die Hilfestaltung	287
6.1.2	Die datenschutzrechtlichen Konsequenzen, insbesondere die Regeln für Rückmeldungen über den Hilfeverlauf	292
6.2	Hilfen außerhalb sozialrechtlicher Leistungsverhältnisse	296
6.3	Offene Hilfen	304
	Literatur	307
	Abkürzungen	325
	Sachverzeichnis	329